

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 35 (1956)
Heft: 8-9

Artikel: Die Entstalinisierung bei den Satelliten
Autor: Brügel, J.W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336910>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Drittens müssen wir den leninistischen Grundsätzen der sowjetisch-sozialistischen Demokratie, wie sie in der Verfassung der Sowjetunion niedergelegt sind, wieder volle Geltung verschaffen und die Willkür einzelner Personen bekämpfen, die ihre Macht mißbrauchen. Die üblen Folgen aller Verstöße gegen die revolutionäre sozialistische Gesetzmäßigkeit, die sich im Laufe der Jahre infolge des schädlichen Einflusses des Persönlichkeitskults häuften, müssen restlos beseitigt werden.

Genossen!

Der 20. Parteikongreß der KPdSU (B) war ein erneuter kraftvoller Beweis für die unerschütterliche Einheit unserer Partei, ihrer Verbundenheit mit dem Zentralkomitee, ihres entschlossenen Willens, die große Aufgabe des Aufbaus des Kommunismus zu vollbringen. (Tosender Beifall.) Und die Tatsache, daß wir die mit der Überwindung des dem Marxismus-Leninismus fremden Persönlichkeitskults verbundenen Grundprobleme in all ihren Formen und auch das Problem der Liquidierung seiner lästigen Folgen dargelegt haben, ist ebenfalls ein Beweis für die große moralische und politische Kraft unserer Partei.

J. W. BRÜGEL

Die Entstalinisierung bei den Satelliten

Programmmäßiges und Programmwidriges

Wer das grausige Zukunftsbild, das Georg *Orwell* in seinem Roman «1984» entworfen hat, als Ausgeburt von Fieberphantasien empfunden haben sollte, wird zugeben müssen, daß die sowjetische Wirklichkeit von 1956 vieles von dem in Schatten stellt, was *Orwell* einer totalitären Welt von 1984 nachsagte. Daß man im kommunistischen Machtbereich niemals von Stalin oder vom Genossen Stalin schlechtweg sprechen durfte, sondern ihm immer schmückende Beiworte voll von widerwärtigster Speichelleckerei verleihen mußte, ist bekannt. (Vor dem Krieg war man diesbezüglich noch viel bescheidener als zu dem Zeitpunkt, da Stalin zum größten Feldherrn, Denker, Sprachforscher, Nationalökonom usw. aller Zeiten erklärt wurde. Trotzdem war die Tatsache, daß man es ihm verwehrte, während eines Rußlandaufenthaltes ein Grußtelegramm bloß an «Genossen Stalin» zu senden, eines der Motive, die den französischen Schriftsteller *Gide* zur Abkehr vom Kommunismus bewogen.) Und nun beantwortet *Walter Ulbricht* die angeblich an ihn gerichtete Frage, «ob Stalin zu den Klassikern des Marxismus gehört», mit der lapidaren Feststellung: «Zu den Klassikern des Marxismus kann man Stalin nicht rechnen.» Die tschechischen Kommunisten wieder, die Tonnen von Druckerschwärze, abgesehen von phantastischen Mengen an Monumente vergeudeten Granits, zur Verhimmelung des Mannes benützten, dem man jetzt, angefangen von Mord an Kameraden, so ziemlich alle Verbrechen nachsagt oder nachraunt, versuchten in der ersten Verlegenheit, sich mit einer anonymen Erklärung von zwanzig Zeilen, deren Inhalt sie von *Ulbricht* abgeschrieben hatten, aus der Affäre zu ziehen und die Debatte mit den Worten «Soviel zu Stalins historischer Rolle» abzuschließen.

Es ist nicht dabei geblieben. Die *zwangsweise* Entstalinisierung, bei der das Abrücken von dem bisherigen Götzen nur eine Ausdrucksform der vor sich gehenden Entwicklung, nicht aber die Sache selbst ist, geht weiter, und ein Abschluß dieses Prozesses ist im Augenblick nicht abzusehen. Nur soviel ist sicher: daß zwar die Ostberliner

Stalinallee noch nicht ihren alten Namen Frankfurter Allee zurückbekommen hat,¹ daß Kattowitz noch immer Stalinograd und das neue Hüttenkombinat in Ungarn noch immer Stalinvaros heißt, daß aber Stalin auf dem besten Wege ist, in der kommunistischen Geschichtsdarstellung zu einer Orwellschen «Unperson» zu werden, die es nie gegeben haben darf.

Gelockerte Fesseln bleiben Fesseln

Versuchen wir nun, die bisher feststellbaren Auswirkungen des Moskauer Parteitages von 1956 auf die Satellitenländer zu überblicken. Sie zerfallen in programmmäßige, das heißt von den Machthabern trotz ihrer für sie kritischen Natur gewollte, und in programmwidrige, wie die ausgesprochen regimefeindlichen der tschechischen Hochschüler und der Aufstand in *Posen*. Dazwischen liegt ein weites Feld von Ereignissen, wie zum Beispiel das plötzliche Besinnen kommunistischer Schriftsteller auf die Notwendigkeiten der Schaffensfreiheit, von denen man schwer eindeutig sagen kann, ob sie in die erste oder die zweite Kategorie gehören. In manchen Fällen haben die Machthaber offenkundig programmwidrige Revolten in das Bett der Partei heute unerwünschter Kritik zu lenken vermocht, die den Anschein strafloser Meinungsfreiheit hervorrufen soll. Jedenfalls hat sich überall im kommunistischen Machtbereich eine gewisse Lockerung der Fesseln bemerkbar gemacht, die der Bevölkerung angelegt sind — vielleicht am wenigsten in der deutschen Sowjetzone, in der die Drangsalierungen kaum nachgelassen haben. Der Eiserne Vorhang hat sich ein wenig gehoben, Ausreisen aus kommunistischen in freie Länder sind nicht mehr ein Ding der Unmöglichkeit, und das gleiche gilt für Reisen in umgekehrter Richtung, die Überwachung des Briefverkehrs hat nachgelassen, und an der Grenze zwischen Österreich und Ungarn hat man sogar die Drahtverhaue und Minenfelder weggeräumt. So begrüßenswert das alles ist, so sehr legt das eigentlich nur die pathologisch-anomalen Verhältnisse bloß, unter denen Europa bisher zu vegetieren gezwungen war. Gelockerte Fesseln sind immer noch Fesseln.

Das Flammenzeichen von Posen

Aber die vollkommene Verwirrung in den kommunistischen Reihen, die Unsicherheit der Machthaber über ihr eigenes Schicksal hat der Opposition neuen Mut zu einem heroischen Versuch gegeben, die Fesseln abzuwerfen. Jahrelang hat man im kommunistischen Bereich allen Elementen, denen das Regime nicht traute, den Zugang zum Hochschulstudium verwehrt. Es hat alles nichts genützt: der Maifestzug der Prager Hochschüler war eine offene Demonstration gegen das Regime, und die von den Prager und Preßburger Studenten angenommenen Resolutionen — sie deuten überdies auf eine gute Zusammenarbeit zwischen den Studenten in den einzelnen Städten hin — waren offene Kampfansagen an ein Regime, das man haßt, das man aber nicht mehr so sehr fürchtet wie noch vor einigen Jahren. Der Forderung der Prager Hochschüler nach der Wiederaufnahme aller politischen Prozesse fügten die Preßburger die im kommunistischen Bereich geradezu unerhörte nach Zulassung einer Oppositionspartei hinzu. Ein linientreuer slowakischer Student schilderte die Dinge auf der Prager kommunistischen Parteikonferenz im Juni folgendermaßen (dem «Sozialismus feindlich» bedeutet natürlich dem Regime feindlich):

¹ Leipzig hat mit der Entstalinisierung auf diesem Gebiet den Anfang gemacht, und es ist recht charakteristisch, wie das vor sich ging. Aus der Stalinallee wurde eine Jahnallee, zu Ehren des Turnvaters Jahn, des Abgotts aller nationalistischen Kleinbürger. Es ist nicht der einzige Fall der Annäherung an deutsche nationalistische Instinkte. Der Verfasser hat kürzlich auf der Ostberliner Stalinallee eine Aufschrift folgenden Inhalts gesehen: «Das Gebäude, das hier stand, wurde am 13. März 1944 von anglo-amerikanischen Rekordfliegern durch eine Bombe zerstört, wobei 112 Menschen umkamen. Solches Unheil darf sich nicht mehr wiederholen. Das beste Mittel, ihm vorzubeugen, ist ein Freundschaftspakt zwischen den Vereinigten Staaten und der UdSSR.»

«So konnten feindliche Gruppen einen bedeutenden Teil der Hochschüler um sich versammeln und zum Unterschreiben verschiedener ... Resolutionen gewinnen. In ihnen waren neben richtigen Forderungen auch unrichtige, manchmal parteifeindliche, manchmal dem Sozialismus feindliche Forderungen enthalten, die in ultimativer Form vorgetragen wurden.»

Das Bemerkenswerte daran ist nicht das Bestehen regimefeindlicher Strömungen (denen hier übrigens nicht einmal die kommunistischen Berufslügner irgendwelche reaktionäre Tendenzen konkret nachsagen konnten), sondern der Umstand, daß sie den Zeitpunkt für gegeben halten, sich zur Geltung zu bringen. Das trifft natürlich in noch viel stärkerem Maße auf die Arbeiter von Posen zu, deren Erhebung sich würdig an das heroische Aufbäumen der Arbeiter der deutschen Sowjetzone am 17. Juni 1953 anreicht. Auf die Einzelheiten des Posener Aufstandes gegen die kommunistische Tyrannei kann in diesem Zusammenhang nicht eingegangen werden, doch muß die Tatsache Erwähnung finden, daß der aktive Widerstand der Arbeiter sich immer wieder an einer besonders empörenden Erscheinungsform sozialer Entrechtung entzündet, um regelmäßig in einen *einheitlichen Kampf für politische und soziale Rechte zu münden*. So war es im Dezember 1951 in *Brünn*, als die Arbeiter zum Protest gegen die Streichung der alljährlichen Weihnachtzulage in den Streik traten, in dessen Verlauf sie Freiheit und Recht begehrten. Die «Rädelsführer» wurden damals zu hohen Strafen verurteilt. So war es im Juni 1953 in *Pilsen*, als die über die unvorstellbar unsoziale «Währungsreform» empörten Arbeiter das Rathaus stürmten und die Stalin- und Gottwald-Bilder verbrannten. So war es kaum vierzehn Tage später, als die *Ostberliner* Bauarbeiter gegen die grenzenlose Ausbeutung protestierten und die Arbeiter der ganzen Sowjetzone zu einer der denkwürdigsten Schlachten für politische und soziale Demokratie, die die Geschichte kennt, mitrissen. Auch der Streik in Posen hatte in erster Linie soziale Ursachen, er war ein Kampf gegen Hungerlöhne und Hunger, aber er verbreiterte sich im Handumdrehen zu einem Schrei nach Recht und Freiheit. Die Parallele zwischen Ostberlin 1953 und Posen 1956 ist geradezu frappierend, mit Einschluß des für die Kommunisten beschämendsten Faktums, daß nämlich beide Arbeiteraufstände mit dem Einsatz von Panzern niedergedrückt wurden. Trotzdem gibt es bedeutsame Unterschiede in den Auswirkungen, die die durch die Erschütterung des Zwanzigsten Parteitags herbeigeführte Unsicherheit in den kommunistischen Parteien widerspiegeln. Im Juni 1953 Blutgerichte und ein sofort vollstrecktes Todesurteil — im Juni 1956 Verhaftungen und Hinausziehung der wiederholt angekündigten Gerichtsverhandlungen, von denen immerhin klar ist, daß sie nicht in Terrorurteilen enden werden. Im Juni 1953 wurde die läppische Ausrede bis zum Überdruß verbreitet, nicht die Unerträglichkeit der Verhältnisse, sondern «eingeschleuste Agenten» hätten alles verschuldet. Der Unsinn von den «feindlichen Agenten» war zwar 1956 auch zu hören, aber mit viel geringerer Lautstärke, während man offiziellerseits wiederholt betonte, an sich hätten die Posener Arbeiter Anlaß zu Beschwerden und zur Verbitterung gehabt. Die ohnehin genug große Verwirrung im kommunistischen Lager muß dann noch durch ein plötzliches Eintreffen von Väterchen *Bulganin* in Warschau erhöht worden sein, der es als *Deus ex machina* für geboten fand, die Version von der berechtigten, aber mißleiteten Empörung der Arbeiter brüsk zur Seite zu schieben und das Schreckgespenst der «eingeschleusten feindlichen Agenten» wieder an die Wand zu malen.

Scheindemokratische Konzessionen — eine ungewollte Verbeugung vor der Demokratie

Seit dem Moskauer Parteitag heißt es in den Satellitenstaaten, man müsse den «Prozeß der Demokratisierung» beschleunigen. Nach dem Aufstand von Posen wurde in Warschau versichert, der «Prozeß der Demokratisierung» werde dadurch nicht aufgehalten, sondern stärker vorwärtsgetrieben werden. Demokratisierung? Bisher wurde doch

immer verkündet, kommunistische Regime seien die demokratischsten der Welt, ja die einzig wirklich demokratischen! Demokratisierung, von deren Notwendigkeit man früher nie etwas gehört hat, ist, wie schon das Wort sagt, ein Prozeß der Anpassung an einen Zustand, der anderswo besteht. Und dieses «anderswo» kann doch nur der verrottete und durch und durch verfaulte, halb- oder ganzfaschistische Westen sein! Die trotzigsten Stalinisten brauchen vor dem Prozeß der «Demokratisierung» nicht zu zittern, der sich zum Beispiel in der Tschechoslowakei nahezu ausschließlich darauf beschränkt, daß man in Prag wieder einige Nachtlokale zugelassen hat. Aber die ungewollte Verbeugung, die die kommunistischen Gewaltapostel vor der außerhalb ihrer Machtsphäre bestehenden politischen Demokratie damit machen, ist sicherlich höchst bemerkenswert. Vor dem eigenen Volk und vor der Welt kann man eben nur bestehen, wenn man so tut, als wäre man *auch* ein Demokrat.

Scheindemokratische Reformen — und nur um solche, die die Grundlage des Regimes nicht bedrohen, handelt es sich — reichen natürlich auch nicht an die Ansätze echt demokratischer Willensbildung eines Volkes heran. Aber auch sie können das Leben leichter machen. Noch vor der Erhebung der Arbeiter von Posen hat die Organisation, die man den Polen an Stelle einer Gewerkschaft aufgezwungen hat, «beschlossen», von nun an keine Geheimaufzeichnungen über das Privatleben ihrer Mitglieder mehr zu führen. Daß eine Gewerkschaft ihre Mitglieder nicht bespitzelt, und schon gar nicht im Interesse der Arbeiter, ist im kapitalistischen Westen eine Selbstverständlichkeit. Daß man es tut und nachher das Versprechen, es nicht mehr zu tun, als eine Errungenschaft feiert, ist jedenfalls eine kommunistische Spezialität. In diesem Zusammenhang eine bezeichnende Episode vom Kongreß der tschechoslowakischen Schriftsteller, der bei der Partei eine sehr schlechte Sittennote erhalten hat, weil dort «liberalistische» und «anarchistische» Tendenzen laut wurden. Es ist unklar, ob und inwieweit die Revolte der kommunistischen Parteibarden, die bisher Oden auf Stalin gedichtet hatten, echt oder vom Regime bestellt war, weil dieses Prügelknaben braucht, auf die man gefahrlos einschlagen kann. Jedenfalls hat dort ein gutkommunistischer Schriftsteller gesagt, man möge alle «Kaderfragebogen» am Prager Wenzelsplatz verbrennen. (Diese Fragebogen sind offenbar die Selbstbekenntnisse der Schriftsteller über Dinge, die anderswo niemanden etwas angehen.) In Verhöhnung des Parteijargons fügte er hinzu, er habe die «sozialistische Verpflichtung» übernommen, nie wieder einen «Kaderfragebogen» auszufüllen...

Ob der wirkliche oder behauptete Verzicht auf die Bespitzelung der Bevölkerung der ganze Inhalt der «Demokratisierung» sein soll, wissen die «Demokratisierer» offenbar selbst nicht. Die taktischen Bedürfnisse Moskaus mögen zu weitergehenden Konzessionen zwingen. Es heißt, daß der Kreml schon dem Prager Regime nahegelegt hat, Neuwahlen durchführen zu lassen, die nicht auf Einheitslisten oder Einheitskandidaten aufgebaut sind, sondern bei denen kommunistische Kandidaten im Wettbewerb mit Vertretern der zwei bürgerlichen Scheinparteien stünden, die in der Tschechoslowakei auf dem Papier bestehen. Prag soll mit dem Hinweis darauf abgelehnt haben, daß die Kommunisten dann in einer hoffnungslosen Minderheit wären, und Moskau soll sich mit dieser Antwort abgefunden haben. Aber man würde in Moskau kaum zögern, wenn es die Umstände erfordern, die tschechoslowakischen Kommunisten über Bord zu werfen.²

¹ Der ausgezeichneten Analyse der Wendung in der russischen Politik in dem Artikel von Jules Humbert-Droz in Heft 5/6 dieser Zeitschrift wäre noch hinzuzufügen, daß der Moskauer Parteitag zwar anerkannt hat, es gebe auch einen «demokratischen» und «parlamentarischen» Weg zum Sozialismus, gleichzeitig aber durch Mikojans Mund den tschechoslowakischen Putsch von 1948 als Muster einer solchen «demokratischen» Methode bezeichnet hat. An der Moskauer Phraseologie, die Knechtschaft für Freiheit ausgibt, hat sich also nicht viel geändert.

Andererseits war es wieder Bulganin, der in Warschau am 22. Juli davor gewarnt hat, unter dem Schlagwort der «nationalen Besonderheiten» und unter dem Deckmantel der «Erweiterung der Demokratie» die «internationale Verbindung des sozialistischen Lagers», das heißt die Unterordnung unter Moskau, zu schwächen.

Parlamentarisches Gaukelspiel

Lange vor dem Posener Aufstand hat es übrigens in Polen groteskerweise eine Belebung der Institution von berufsmäßigen Jasagern gegeben, die man immer noch Parlament nennt: eine Woche lang konnten die Mitglieder ziemlich frei kritisieren, sie durften sich auch darüber beklagen, daß das einmal im Jahr tagende und alles gut-heißende «Parlament» zur Zielscheibe des Spottes geworden ist, und fünf Mitglieder einer zur Täuschung der Öffentlichkeit am Leben erhaltenen Katholischen Partei durften sogar gegen einen Regierungsvorschlag stimmen. Dieses alle kommunistische Einstimmigkeitsorthodoxie bloßstellende Schauspiel wurde noch durch einen Zwischenfall übertroffen, der sich im sogenannten Parlament *Albaniens* abgespielt hat. Dort hat diese Körperschaft sogar eine Regierungsvorlage abgelehnt! Der Ministerpräsident Mehmet Schehu bestand auf einer neuerlichen Abstimmung, die wiederum gegen die Regierung ausfiel. Als er nun darauf beharrte, daß nochmals abgestimmt werde, wurde er vom Vorsitzenden mit der Bemerkung zurechtgewiesen, daß sein Verlangen ungesetzlich sei. Vorläufig sind das isolierte Vorkommnisse. In Ungarn hat man bisher nur die mangelnde Initiative der Parlamentsmitglieder und ihre Unlust, von ihrem «Recht» der Fragestellung an Minister Gebrauch zu machen, kritisiert. Einige Wochen darauf gab es wörtlich die gleiche Beschwerde in der Tschechoslowakei. Die Absicht ist also offenkundig, der Bevölkerung das Bestehen einer freien Tribüne vorzugaukeln. Die nur scheinbar gewählten und in Wirklichkeit ernannten «Parlamente» können natürlich niemals zu wirklich demokratischen Institutionen werden. Aber die erwähnten Vorfälle zeigen, auch wenn man sie nur als einen Versuch wertet, der angestauten Wut des Volkes ein Ventil zu öffnen, ein erstaunliches Abgehen von fest eingefahrenen Grundsätzen.

Es wird draufloskritisiert — aber mit Maßen

In Ungarn, Polen, der deutschen Sowjetzone und der Tschechoslowakei haben nach dem Moskauer Parteitag kommunistische Parteikonferenzen stattgefunden, die dazu bestimmt waren, die einzelnen Parteien der neuen Situation anzupassen. Es gab Kritik «von oben», seitens der Parteiführung, und «von unten», seitens der (gutausgewählten) Delegierten. Es wurde alles, was bisher getan wurde, in Grund und Boden gebohrt, und der außenstehende Betrachter erfuhr bei dieser Gelegenheit allerhand interessante Einzelheiten über das absolute Versagen der kommunistischen Wirtschaftsmethoden, über die Karikatur jeder Planung, die dort als Planwirtschaft ausgegeben wird, über die andauernde Vernachlässigung der primitivsten Bedürfnisse der Bevölkerung — eine Frau aus Mährisch-Ostrau beschwerte sich, daß Nägel, Schrauben, Zwirn, Mineralwasser und ähnliche Dinge nicht erhältlich seien —, über die lächerlich geringe Zahl der erbauten Wohnungen, den stillen Widerstand der Arbeiter gegen die Antreiberei und Ausbeutung und vieles andere mehr. Nur zwei dieser Stellungnahmen seien hier zitiert. Zunächst eine Kritik «von oben», die in einer Mitte Juli gehaltenen Rede des polnischen Ministerpräsidenten *Cyrankiewicz* vor dem Zentralkomitee der Partei enthalten war:

«Die Periode muß beendet werden, in der Arbeitern, Bauern und anderen Mißtrauen gezeigt wurde, in der sie durch Tausende von Vorschriften in ihrer Bewegungsfreiheit eingeengt wurden, in der ihre Freiheit eingeschränkt war, in der Kritik unterdrückt wurde, in der die Menschen der Rechtlosigkeit und behördlicher Will-

kür ausgesetzt waren und in der ihre Beschwerden und Wünsche, Bedürfnisse und Schwierigkeiten mißachtet wurden.»

Nach dieser umfassenden Darstellung seiner eigenen unmittelbaren Vergangenheit empfahl sich Cyrankiewicz als Führer in eine Zukunft, in der er bestimmt das gerade Gegenteil dessen machen würde wie bisher! Als Gegenstück eine «Kritik von unten», vorgetragen von einem Reichenberger Kommunisten namens Maschek auf der Prager Parteikonferenz im Juni:

«In der Textilindustrie sind vor allem Frauen beschäftigt. Das ist allgemein bekannt. Trotzdem vergißt man immer die notwendigen Wohlfahrtseinrichtungen, die zwar nur einen indirekten, aber dafür wohlthätigen Einfluß auf die Erhöhung der Arbeitsproduktivität haben. Die bisherige Praxis der Ministerialbeamten war, bei der Kürzung der Investitionen und Reparaturen *immer die geplanten Wohlfahrtseinrichtungen zu streichen*, und zwar mit der Begründung: *erst kommt die Produktion*. Das hat schon durch viele Jahre die berechtigte Empörung der Arbeiter erregt, die sagen: Ihr wollt von uns höhere Leistungen, ihr verlangt Schichtarbeit, Nachtarbeit, aber für die Erfüllung unserer berechtigten Forderungen habt ihr kein Geld.»

Man stelle sich einmal vor, daß ein Kapitalist es wagen würde, gewerkschaftliche Forderungen mit dem Hinweis abzulehnen: Die Produktion kommt zuerst! Es ist übrigens typisch für die Verwilderung des Denkens im kommunistischen Herrschaftsbereich, daß selbst dieser Kritiker des antisozialen Verhaltens seiner Partei Wohlfahrtseinrichtungen in Fabriken nur des Nutzens wegen befürwortet, den sie dem Regime wenigstens indirekt bringen. Aber das geübte Ohr kann kaum daran vorbeihören, daß auch diese kritischen Stimmen vielfach Dinge wiederholen, die in den Vorjahren schon vorgebracht wurden — so die allseits beliebten Schimpfereien über die Bürokratie —, daß es nirgends eine wirkliche Diskussion gibt, in der ein Redner dem anderen antwortet, sondern daß jeder nur sein einstudiertes Sprüchel aufsagt und daß schließlich alle angeblichen Kritiker mit Vertrauenskundgebungen für Zentralkomitee, Partei und Regime enden. Der Verdacht ist also nicht von der Hand zu weisen, daß das Regime sich gerade dadurch, daß es dem Volkszorn Rechnung trägt und sich einiges von dem zu eigen macht, was die Spatzen vom Dach pfeifen, gegen das Volk besser schützen will.

Aufbegehren gegen die Rüstungslasten?

Es gibt allerdings einen Punkt in den Beschwerden, der aufhorchen läßt. Zum erstenmal wurden die den Satellitenländern von Rußland auferlegten Rüstungslasten und die Pflicht, an Rußland Dinge zu liefern, die man sich selbst versagen muß, zur Erörterung gestellt. Natürlich geschah das in vorsichtigster und verklausulierter Form. So sagte der tschechoslowakische stellvertretende Ministerpräsident Karel Polatschek auf der Parteikonferenz:

«Man muß aber auch sehen, daß der *hohe Anteil der erzeugten Maschinen am Export* und die Notwendigkeit, unsere *Armee* durch die *vollendetste Technik* zu sichern, uns gewisse Schwierigkeiten in der Stabilität der Erzeugungsprogramme bereitet und noch bereiten wird.»

Auch der Wirtschaftsfachmann des Prager Regimes, Vizepremier Jaromir Dolansky, hieb in die gleiche Kerbe — seine Worte sind eine deutliche Verteidigung gegen Anwürfe, deren Natur man leicht erraten kann:

«Außerdem waren wir 1951 zum beschleunigten Aufbau unserer Verteidigung genötigt. Niemals haben wir verschwiegen, daß das etwas kostet und daß wir die Mittel gern für andere Zwecke verwenden würden. Es hat uns *nicht wenig Schwierigkeiten*

rigkeiten und Opfer gekostet, die ihren Einfluß auf das Tempo der Verbesserung des Lebensstandards hatten...»

Aber nicht einmal diese sehr naheliegend scheinende Abwehr von Einwänden, die geradezu selbstverständlich sind, dürfte spontan und aus rein tschechoslowakischen Erwägungen erwachsen sein. Denn wenige Wochen darauf konnte man schon eine Klage des polnischen Parteisekretärs Edward *Ochab* darüber vernehmen, daß die Rüstungslasten die Verbesserung des Lebensniveaus in Polen verlangsamten, und kaum eine Woche später war der ungarische Ministerpräsident Andreas *Hegedüs* mit einer noch schärferen Klage zur Stelle:

«Wir hatten eine Rüstungslast zu tragen, die die wirtschaftliche Tragfähigkeit des Landes weit überschritten hat.»

Das alles ist unbestreitbar richtig. Bisher war das Thema *tabu*, und niemand konnte wagen, die Tatsache auch nur zu erwähnen, daß die — für Zwecke, die die Bevölkerungsmehrheit ablehnt — durchgeführten Rüstungen eine gräßliche Belastung waren und sind. Man könnte verstehen, daß das Thema jetzt aufgegriffen wird, da sich die Zungen ein wenig gelöst haben. Aber die Gleichzeitigkeit und Gleichförmigkeit der Argumente macht es klar, daß selbst diese zahme Kritik an Moskau vom Kreml aus irgendwelchen Gründen gerade jetzt und in dieser Dosierung gewünscht wird.

Sündenböcke gesucht

Fast in allen kommunistisch regierten Ländern hat man in irgendeiner Form politische Schauprozesse revidiert, und fast überall hat man als Konzession an die Bevölkerung den verhaßtesten Polizeibüttel, aber nur ihn, fallengelassen. Fast überall scheint man sich die Frage gestellt zu haben: *Wen können wir opfern*, ohne die Grundlagen unseres Regimes zu bedrohen? In der Tschechoslowakei hat man den bisherigen Verteidigungsminister, den brutalen Emporkömmling Dr. *Cepicka* (einen Schwiegersohn des unmittelbar nach Stalins Tod unter mysteriösen Umständen gestorbenen Präsidenten *Gottwald*, dessen Andenken inzwischen auch einige Rippenstöße abbekam), als Sündenbock in die Wüste geschickt. Er stand am Pranger der Parteikonferenz im Juni, und jeder konnte an ihm, der froh sein muß, keinen Sabotageprozeß auf den Hals zu bekommen, sein Mütchen kühlen. In Polen hat man den bisherigen Vizepremier Jakob *Berman* davongejagt — wohl, um antisemitische Instinkte zugunsten des Regimes auszunützen —, und der bisherige bulgarische Ministerpräsident Vulko *Tscherwenkoff* mußte sich die Verlesung seines Demissionsschreibens im sogenannten Parlament in Gegenwart einer jugoslawischen Delegation anhören, der der Sturz dieses Kämpfers gegen den Titoismus eine besondere Genugtuung bereitet. *Tscherwenkoff* darf aber vorläufig noch stellvertretender Regierungschef bleiben. Einst war die Ernennung für diesen Posten der erste Schritt zum Galgen, doch die Henker in den kommunistischen Staaten außerhalb der Sowjetunion scheinen jetzt eine Ruhepause zu haben. Nach *Rakosi*, über den mehr zu sagen sein wird, ist noch ein anderer jüdischer Kommunist in Ungarn, Mihaly *Farkas*, zu Fall gekommen. Beide hatten die kominformistisch-antisemitische Welle der Jahre 1952/53 heil im Amt überdauert (den beiden und *Rakosis* Nachfolger *Serö* hat man auch nicht ihre ursprünglichen Namen unter die Nase gerieben), aber jetzt wurde der Apparatschik *Farkas* seiner Generalswürde entkleidet und als ein geeigneter Sündenbock für «Verletzungen der sozialistischen Gesetzlichkeit» aus der Partei ausgestoßen. Er ist nicht besser und nicht schlechter als die, die ihn ausgeschlossen haben.

Rakosi kommt billig davon

Bei der Revision der Schauprozesse hat es die wildesten Widersprüche gegeben, die aus dem Dilemma erfließen, den Moskauer Befehlen zu folgen und trotzdem soweit als möglich das Gesicht zu wahren. Am unverschämtesten hat sich Matyas *Rakosi* ge-

bärdet, der bisher mit Unterstützung Moskaus wie ein Stehaufmännchen jeden Frontwechsel überdauert hatte und offenkundig glaubte, es werde so weitergehen. 1949 hatte er sich für seine «bolschewistische Wachsamkeit» feiern lassen, durch die der «Verrat» *Rajks* und dessen Mitangeklagten enthüllt worden wäre. 1956 fand er gar nichts daran, *Rajk*, den er auf dem Gewissen hat, als «Opfer einer bedauerlichen Provokation» zu rehabilitieren. Die Geschichte dürfte wenige Fälle kennen, daß ein führender Politiker kaltblütig zugibt, unter seiner Verantwortlichkeit seien von seinem Standpunkt aus unschuldige Menschen umgebracht worden, und zumindest durch einige Monate weiter im Genuß seiner Macht bleibt. Er ist erst gewichen und hat plötzlich Alter und Krankheit bei sich entdeckt, als seine Stellung durch die mannhaften Proteste der im Budapest «Petöfi-Klub» versammelten ungarischen Jugend gegen sein Verbleiben im Amt unhaltbar geworden war. Dabei ist er, der auch in kommunistischen Augen jetzt mit soviel Blutschuld beladen ist, sehr weich gefallen: er wurde in allen Ehren in Pension geschickt. Sein Nachfolger im Amt des Generalsekretärs der Partei, *Ernö Gerö*, ist vom gleichen Schrot und Korn, und so bewahrheitet sich wieder einmal Heinrich Heines Prophezeiung:

«... Willkür wechselt nur die Hände,
und die Knechtschaft hat kein Ende.»

Nichtsdestoweniger ist *Rakosi* das größte Opfer, das die von Komintern- wie von Kominformaflösung unberührte Kommunistische Internationale am Altar der Entstalinisierung bisher dargebracht hat.

In Bulgarien, wo man den 1949 hingerichteten angeblichen Titoisten *Kostoff* — der einzige, der im Gerichtssaal das «Geständnis» aus der Voruntersuchung widerrufen hatte — posthum rehabilitieren mußte, hat man auch den Regierungschef dafür geopfert. In der Tschechoslowakei glaubte man — offenbar mit Moskauer Rückendeckung — einen guten Ausweg aus der Notwendigkeit gefunden zu haben, etwas mit den kommunistischen Opfern des Regimes zu tun. Man hat die drei kommunistischen Angeklagten, die im *Slansky-Prozeß* 1952 nicht zum Tode verurteilt wurden, sowie einige andere Kommunisten, die sich in der Maske von «Zeugen» im Prozeß anklagen mußten, entweder freigelassen oder ist daran, sie freizulassen. Von den hingerichteten elf Kommunisten hat man aber gesagt, sie seien wegen «Verletzung der sozialistischen Gesetzlichkeit» eigentlich zu Recht verurteilt worden, so daß eine Rehabilitierung nicht in Frage komme. Nur die seinerzeitige Anklage des «Titoismus», auf der die «Geständnisse» und die Todesurteile zum Großteil beruhten, hat man widerrufen, bezeichnenderweise zunächst nur dem Ausland und erst etwa einen Monat später der eigenen Bevölkerung gegenüber. Auf der Prager Parteikonferenz im Juni führte *Slanskys* Nachfolger als Generalsekretär, *Antonin Novotny*, einen wahren Eiertanz auf, um zu beweisen, daß einerseits die Anklage wegen Titoismus auf «falschem, unterschobenem Material» beruht hatte und man andererseits *Slansky* doch mit Recht hingerichtet habe, weil er unter anderem — man denke nur! — Verhöre mit Hilfe «gesetzwidriger Methoden» angeordnet hätte. Im gleichen Atemzug verwendete er noch das dritte Argument, daß eine fünfgliedrige Parteikommision den ganzen Fall überprüfe, aber ihre Arbeiten noch nicht abgeschlossen habe. Was zu erklären er unterließ, war zum Beispiel, ob die nachfolgende Stelle im Prozeßprotokoll auf die Verwendung «gesetzlicher» oder «gesetzwidriger» Methoden bei Verhören zurückzuführen ist:

Prokurator: Ferner geht aus Ihren Aussagen hervor, daß Sie ein staatsfeindliches Verschwörerzentrum geschaffen haben, das den Sturz der volksdemokratischen Ordnung vorbereitete, daß Sie diese Tätigkeit im Dienste der westlichen Imperialisten und vor allem der amerikanischen Anwärter auf die Weltherrschaft ausübten.
Slansky: Ich gestehe es.

Prokurator: Damit Sie der *tschechoslowakische Tito* werden. Ist das so?

Slansky: Ja.

Wollte also nach der heute gültigen Geschichtsdarstellung Slansky der «tschechoslowakische Tito» werden, was heute als etwas durchaus Lobenswertes gilt? Da aber der angeblich zu Recht aufgehängte Slansky nichts Lobenswertes getan oder angestrebt haben kann, hat er vielleicht gar nicht die Wahrheit gesagt, als er das «gestand»? Wie mag es nur dazu gekommen sein...?

Nun, auf einer in Prag abgehaltenen Pressekonferenz hat Arthur *London*, ein alter Apparatschik und eines der überlebenden Opfer des Slansky-Prozesses, es geschildert, wie man ihn damals dazu gebracht hat, Dinge zu «gestehen», die er nie begangen haben kann. Als ob er nicht ein lebender Mensch aus Fleisch und Blut, sondern eine Figur in einem Roman Arthur *Koestlers* wäre, sagte London, daß er sich damals nach schwerstem Druck «im Interesse der Partei» entschlossen hätte, so auszusagen, wie diese es politisch brauchte... Über Stattfinden und Verlauf dieser vielleicht nicht unwichtigen Pressekonferenz durfte kein tschechisches Blatt etwas melden!

Die Rehabilitierten

Von den kommunistischen Überlebenden der Schauprozesse, die man jetzt rehabilitiert hat, hat bisher nur einer eine halbwegs wichtige Partei- und Staatsfunktion zurückerlangt, nämlich der ehemalige Sozialdemokrat György *Marosan*, der nach seiner Freilassung aus der Haft im Juli Mitglied des ungarischen Politbüros und Vizepremier (eine wohl nur dekorative Funktion) wurde. Wladyslaw *Gomulka*, der frühere «zweite Mann» in Polen, jahrelang im Kerker, aber niemals angeklagt und nun völlig rehabilitiert, scheint keinen Wert darauf zu legen, im gegenwärtigen Augenblick sein Schicksal wieder mit dem der Partei zu verbinden, die ihm offenbar gerne eine Funktion übertragen möchte.

Sie bleiben, was sie waren

Die Leser des Prager «Rude Pravo» müssen, obwohl sie an manches gewöhnt sind, sich doch die Augen gerieben haben, als sie dort eines Tages die folgenden Sätze lesen konnten, die an sich nur Selbstverständlichkeiten enthalten, über die man anderswo gar nicht diskutiert:

«Es hat sich gezeigt, daß es *vollkommen falsch war, Menschen nur auf Grund ihrer eigenen Geständnisse bei Anwendung ungesetzlicher Methoden zu verurteilen, ohne daß ein tatsächliches Beweismaterial vorhanden war...*»

Das müsse anders werden, verkündete Novotny auf der Parteikonferenz im Juni, und seine ungarischen und polnischen Kollegen drückten sich nahezu wörtlich im gleichen Sinne aus:

«Der Grundsatz, nach dem sich unsere Organe nunmehr unbedingt werden richten müssen, ist die *neue (!) Bestimmung*, daß ein Geständnis der Beschuldigten sie nicht der Pflicht entheben wird, weitere Beweise für die strafbare Tätigkeit einzuholen.»

Wer aber glauben sollte, daß nun Recht und Gerechtigkeit ihren Einzug halten werden, den hat Novotny schon in der ersten Aufregung im März folgendermaßen belehrt:

«Wir bestehen auf der Einhaltung der sozialistischen Gesetzlichkeit...; das bedeutet jedoch nicht, daß wir in irgendeine *bürgerlich-liberalistische Auffassung* ableiten...»

Im Juni mußte Novotny das Bestehen einer starken, nach Freiheit lechzenden Opposition zugeben, die er zu diskreditieren suchte, indem er sie der Sehnsucht nach dem Kapitalismus beschuldigte:

«...In einigen Kreisen äußerte sich eine oberflächliche, formelle Auffassung der sozialistischen Demokratie, die bis zu kleinbürgerlichen, anarchistischen Stimmungen führte, zur Neigung, *Fragen der bürgerlichen Rechte und Freiheiten losgelöst vom Klassenstandpunkt zu betrachten* ... Es sind sogar, wenn auch vereinzelt, Stimmen laut geworden, die die Freiheit der bourgeoisen antisozialistischen Propaganda und ähnliches verlangen.»

Der Sehnsucht nach Freiheit haben die diversen Novotnys, Gerös und Ochabs ein entschiedenes «Nein» entgegengesetzt. Es ist in diesem Zusammenhang bezeichnend, daß man in der Tschechoslowakei zwar Kommunisten aus den Gefängnissen entlassen hat, aber *keine Sozialdemokraten*, von denen ungezählte noch immer langjährige Kerkerstrafen für ihre Überzeugungstreue abbüßen. Anders ist es diesbezüglich in Polen und Ungarn, wo viele eingekerkerte Sozialdemokraten im Zuge der allgemeinen Entlassungsaktionen das wiedergewonnen haben, was besser als Gefängnis, aber noch lange keine Freiheit ist. Doch auch wenn alle ungerechtfertigt eingekerkerten demokratischen Gegner der kommunistischen Regime freigelassen würden, wäre das noch nicht gleichbedeutend mit der Schaffung von Voraussetzungen für den Wiederaufbau einer freien, demokratischen Arbeiterbewegung.

Kommunisten in Panikstimmung

Das ideologische Durcheinander, das die mit den Mitteln des ausgepichtesten Stalinismus angeordnete Entstalinisierung im Gefolge hat, hat Antonin Novotny höchst eindrucksvoll beschrieben:

«Die Folgen des Dogmatismus machen sich ständig bemerkbar. Wenn es zum Beispiel nach der Plenarsitzung des ZK im März unter einigen Ideologen zu *Schwankungen* kam, geschah es bis zu einem gewissen Grade deshalb, weil ihre frühere dogmatische ‚Sicherheit‘ von einem Gefühl der *absoluten Unsicherheit* abgelöst wurde, so daß sie *fast an allem zu zweifeln begannen*, manchmal sogar an den Grundgedanken unserer Weltanschauung selbst. Bei einigen durch den Dogmatismus verblendeten Genossen ... zeigte sich bei der Begegnung mit Tatsachen, die den scheinbar unerschütterlichen Dogmen widersprachen, die Tendenz, *in Panikstimmung* zu verfallen und die ganze Vergangenheit in den schwärzesten Farben zu sehen ...»

Die Dinge sind noch im Fluß, und es wäre verfehlt, in diesem Zeitpunkt ein abschließendes Urteil zu fällen — sehr leicht kann es passieren, daß die programmwidrigen Erscheinungsformen des Entstalinisierungsprozesses da oder dort die Oberhand über die programmäßigen erlangen. Nichtsdestoweniger scheint es angezeigt, sowohl vor der Annahme, im Moskauer Herrschaftsbereich sei alles beim alten geblieben, zu warnen, als auch vor der *billigen Illusion*, daß sich dort, von Stalins Nachfahren gewollt und gefördert, eine Hinwendung zur Demokratie vollziehe, welche langwierigen Prozeß die freie Welt durch lautes Betonen ihrer Grundsätze nicht stören sollte. Die Entstalinisierung verläuft natürlich nicht gleichförmig in allen kommunistisch regierten Staaten, aber der Umstand, daß sie nirgends spontan eingesetzt hat, überall mit haargenau den gleichen «Wenn» und «Aber» arbeitet und überall die Tendenz zeigt, gerade nur soviel über Bord zu werfen, was auf eine Änderung hindeutet, ohne die Grundlagen des Regimes zu erschüttern, legt die wahren Absichten der Dirigenten dieser Entwicklung bloß, bei der weitere Betriebsunfälle natürlich nicht ausgeschlossen sind. Die Gerös, Zapotockys und Ulbrichts sind ebensowenig wie die Chruschtschows Demokraten geworden und beabsichtigen das auch nicht. Um so mehr kommt es gerade in diesem Augenblick darauf an, daß die freie Welt die Grundsätze der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit nicht nur verkündet, sondern auch verwirklicht.